

Sozialismus

www.Sozialismus.de

J. Bischoff/B. Radke:
Bürger werde Beteiligte



Armando F. Steinko: Das
katalanische Labyrinth



Klaus Pickshaus: Dynamik
in der Arbeitszeitdebatte

Paul Oehlke: Renaissance
der Arbeitsforschung

Forum
Gewerkschaften

Donat/Karuscheit/Kriehe-
bauer: Kriegsverhütung?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Generalstreik in Belgien



Zum zweiten Mal haben die drei großen Gewerkschaftsbünde erfolgreich zum Generalstreik aufgerufen. Die Gewerkschaftsbewegung ist zwischen einem sozialistisch-sozialdemokratischen, einem christlichen und einem liberalen Flügel gespalten. Allein deshalb ist die massenhafte Beteiligung schon ein Erfolg...

Die NATO im Ukraine-Konflikt: Alles ganz nicht-militärisch?



Tag für Tag erklären Regierungen und PolitikerInnen der NATO- und EU-Länder, der Ukraine-Konflikt sei nicht militärisch zu lösen. Andererseits befasst sich die NATO als Militärpakt sehr intensiv mit den Vorgängen, obwohl die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland weder von der NATO beschlossen noch umgesetzt werden...

Die CDU nach dem Kölner Parteitag



Für den CDU-Parteitag hatte die unionsinterne politische Kommunikation eine Linie vorgegeben: keine romantische Rückblicke, jede Verstrickung in die Gegenwart vermeiden, mutig und energisch die Zukunft thematisieren...

Jenseits der GroKo

Alexander Häusler: AfD – zwischen Wettbewerbspopulismus und rechtem Kulturkampf	2
Joachim Bischoff/Björn Radke: Bürger zu Beteiligten machen Thüringen, der Rechtspopulismus und DIE LINKE	8
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Mindestsicherung in Deutschland Der neoliberale Leviathan – ein kleinkariertes, bürokratisches und repressives System	13

Krieg & Frieden

Helmut Donat: Lernen aus der Geschichte – ein Manifest. 100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre Fall der Mauer	22
Heiner Karuscheit: Bebels Strategie der Kriegsverhütung Positionswechsel der SPD in der Kriegsfrage	29
Wilhelm Kriehebauer: »Unsere Geister werden durch Wien ziehen« Gavrilo Pincip und das Erwachen der südslawischen Jugend	34
Hasko Hüning: »Man entgeht dem Krieg nicht einfach so« (zu Echenoz, 1914) ..	39

Forum Gewerkschaften

Klaus Pickshaus: Gibt es eine neue Dynamik in der Arbeitszeitdebatte?	41
Paul Oehlke: Humanisierung der Arbeit – neue Initiativen Einwürfe zu einer arbeitspolitischen Renaissance	45
Otto König/Richard Detje: Fit for Leadership Gewinnsprünge und Sparprogramme in der Automobilindustrie	51

Im Süden Europas

Armando Fernández Steinko: Das katalanische Labyrinth als politische Rutschgefahr	55
Johannes Schulten/Jörn Boewe: Pragmatische Radikale Podemos' Antwort auf die Krise in Europa	62
Christiana Ujma: Zwischen Apathie und Generalstreik Renzi und die Reste der italienischen Linken	65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Timbuktu (Filmkritik)	69

Supplement

Gerhard Schäfer: Soziologie ohne Marx. Helmut Schelsky als »Starsoziologe« und Intellektueller im Hamburg der 1950er Jahre

Lernen aus der Geschichte – ein Manifest

100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre Fall der Berliner Mauer

von | Helmut Donat



Nach dem US-Luftangriff vom 3.2.1945, Berlin, Oranienstraße (Foto: dpa)

Der publizistische Hype zu 100 Jahren Erster Weltkrieg ging hierzulande einher mit geschichtspolitischem Revisionismus, einer Dethematisierung der sozialen und politischen Kräfte, die sich gegen den Krieg von 1914 stellten, sowie einer außenpolitischen Diskursverschiebung in Richtung »Neue Macht – neue Verantwortung«. Diesen Schlussfolgerungen, die Bundespräsident, Verteidigungsministerin, Außenminister und Kanzlerin in Reden und Statements unisono ziehen, hatte Helmut Donat in einem »Offenen Brief an Bundespräsident Gauck« vom 21. Juli 2014 widersprochen. Mit dem folgenden »friedenspolitischen Grundsatzprogramm« mischt er sich in die aktuelle Auseinandersetzung über die Lehren aus dem Ersten Weltkrieg ein. Diese Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen, neue Formen anzunehmen.

Lernen aus der deutschen Geschichte bedeutet Lernen aus zwei Weltkriegen. Am 8. Mai 1945 standen nicht nur die Deutschen vor einem Scherbenhaufen, auch die Sieger waren nicht ohne Schäden und Opfer, Elend und Not davongekommen. Anders als nach 1918 teilten sie den deutschen Staat in Besatzungszonen auf und nahmen dem deutschen Volk seine Souveränität.

Niemand beschwerte sich darüber, sondern schickte sich in die neue Lage als Folge der Niederlage und eines Verbrechens, das bis heute unübertroffen ist. Offenbar war das Schuldbewusstsein im Zeitraum von 1945 bis 1948/49 ungleich höher, als es in den Jahrzehnten danach der Fall gewesen ist. Anders als nach 1918 gab es keine Proteste gegen den Deutschland auferlegten Besatzungsstatus. Durch eigene Schuld war man dahin

gekommen, wo man sich jetzt befand. Fortan vermochten weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik außenpolitisch als eigenständige Kraft aufzutreten. Sie hatten sich den jeweiligen Bündnisverpflichtungen und deren Interessen weitgehend, wenn nicht gar völlig, unterzuordnen. Sowohl nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg gingen viele Menschen auf die Straße bzw. brachten zum Ausdruck, nie wieder Krieg führen zu wollen bzw. niemals wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen.

Die Menschen in Europa und in den beiden deutschen Staaten erlebten eine nie zuvor dagewesene Zeit ohne Krieg. Vielfach ist zu hören, das habe an der militärischen Stärke der Bundeswehr und ihrer Verteidigungsbereitschaft gelegen. Wer so

redet, denkt ahistorisch und verkennt gründlich, dass die Konflikte zwischen Ost und West weder von der einen noch von der anderen deutschen Seite verursacht und beeinflussbar gewesen sind. Die »deutsche Frage« hat die verfeindeten Blöcke eher »vereint«, als dass sie den Kalten Krieg angeheizt hätte. Man führe sich nur den Mauerbau vom 13. August 1961 vor Augen, als sich die Großmächte darin einig zeigten, lieber die Trennung von Deutschen hinzunehmen, als sich wegen der deutschen Probleme in einen kriegerischen und selbstmörderischen Schlagabtausch zu begeben. Schließlich war die Teilung Deutschlands in erster Linie eine Folge der deutschen Politik selber. Wegen des Mauerbaus befand sich die Welt nicht am Rand eines Atomkrieges – anders als in der Kuba-Krise, wo sich die USA in ihrer territorialen Integrität von der Sowjetunion bedroht fühlen mussten.

Mit der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen hatte man den Kriegerfaktor par excellence im Europa des 20. Jahrhunderts ausgeschaltet. Das hat nicht zuletzt den Deutschen selber, manchen wohl gegen ihren Willen, gut getan. Und es hat vor allem – das sollte man insbesondere als Deutscher nicht vergessen – die angrenzenden Nachbarn ruhiger schlafen lassen, so etwa die Franzosen, Belgier, Luxemburger und Holländer, die von den Deutschen im 20. Jahrhundert gleich zweimal überfallen und unterdrückt worden sind.

Pazifismus, Antimilitarismus und Friedensbewegung in Deutschland

Das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich, die DDR und die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik sind durch eine schlimme Tradition bzw. Kontinuität gekennzeichnet: die Hoch- und Überschätzung von Macht und Gewalt und die Geringschätzung von Ethik und Moral. Damit verbunden ist eine Haltung, die dem Militärischen größere Bedeutung zumisst als dem Denken in zivilen Kategorien. Gegen die Dominanz des Militärischen über die Politik haben sich viele Persönlichkeiten gewandt, unmissverständlich, mutig und im Geiste republikanischen Freiheitsdranges – so etwa Alfred Hermann Fried, Otto Umfrid, Friedrich Wilhelm Foerster, Hellmut von Gerlach, Carl von Ossietzky, Hans Paasche, Eduard Bernstein, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, Wilhelm Foerster, Georg Friedrich Nicolai, Richard Grelling, Hermann Fernau, Friedrich Wilhelm Foerster, Heinrich Ströbel, Ludwig Quidde, Theodor Lessing, Carl Mertens, Fritz Küster, Hans Schwann, Wilhelm Lamszus, Oskar Stillich, Bertha von Suttner, Elsbeth Bruck, Lilli Jannasch, Auguste Kirchhoff, Helene Stöcker, Elisabeth Rotten, Anna Siemsen, Paul Freiherr von Schoeneich, Kurt Tucholsky und viele andere.

Für diese Freiheit und das Recht, das Militär überall dort in die Schranken zu weisen, wo es sich anmaßt, die Probleme der Welt zu lösen und dabei die Menschen – möglicherweise sogar gegen ihren erklärten Willen – ins Schlepptau zu nehmen, haben sie gekämpft: wider den Slogan »Befehl ist Befehl!« und Untertanengesinnung, gegen Militärfrömmigkeit und Militärpatriotismus.

Immer, wenn es in Deutschland darum ging, militärpolitischen Notwendigkeiten, Erwägungen und Interessen Rechnung zu tra-

gen, waren die Machthaber und ihre Vertreter bestrebt, Krieg, Remilitarisierung und Militäreinsätze zu rechtfertigen. Dazu gehört es dann früher oder später auch, die dabei ums Leben gekommenen Soldaten zu ehren oder ihre »Ehre«, wo sie denn verloren zu gehen droht, wiederherzustellen. Seit Pazifisten in Deutschland tätig geworden sind, hat man die Gerichte und die Rechtsprechung, die Presse und einen willfähigen Kreis von Intellektuellen bemüht, gegen sie vorzugehen bzw. sie als fehlgeleitet hinzustellen. Der Zweck solchen Vorgehens ist klar: den politischen Kontrahenten durch Kriminalisierung und Verächtlichmachung ins Abseits zu stellen. Beleidigungsprozesse gegen Pazifisten hat es in Deutschland wie Sand am Meer gegeben. Es gab sie im Kaiserreich ebenso wie in der Weimarer Republik, es gab sie im Dritten Reich, wo man mit Pazifisten kurzen Prozess machte, und es gab sie in der Bundesrepublik.

Die Verfolgung von pazifistischen und antimilitaristischen Standpunkten ging zugleich immer mit einer Schmähung und Diffamierung von Vertretern der Friedensbewegung einher, die man als »Landesverräter«, »Geisteskranke«, »Friedenshetzer«, »Friedensschwärmer«, »utopistische Traumtänzer« oder »Zwecks-, Gesinnungs- oder aggressive Pazifisten« verleumdete und beschimpfte. Demgegenüber standen Töne wie die »Schlag zu«-Parole von Reichswehrminister Wilhelm Groener aus dem Jahr 1928: »Nur ein wehrhaftes Volk kann sich behaupten.« Und wenn es um die »Beeinträchtigung der Wehrkraft und des Wehrwillens der Nation« ging und darum, dem »Defätismus aller Art« den Garaus zu machen, war der Gegner schnell ausgemacht.

Als die Umfragen in den Jahren 1951/52 zeigten, dass 75-80% aller Westdeutschen die Aufrüstung, den Wehrdienst und den Krieg ablehnten, griffen die herrschenden Kreise erneut zu falschen Anschuldigungen, Böswilligkeiten und Herabsetzungen. So suchte man die von Gustav Heinemann, damals Präses der EKD-Synode, und Helene Wessels, Vorsitzende der Zentrumsparlei, am 21. November 1951 in Düsseldorf ins Leben gerufene »Notgemeinschaft für den Frieden in Europa«, die sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aussprach, lächerlich zu machen. Im Braunschweiger Dom sagte Bundestagspräsident Hermann Ehlers, zugleich Oberkirchenrat der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg, in seiner Rede »Was ist echter Friede und wie verteidigt man ihn?« wenige Tage vor Weihnachten 1951, die Christen dürften die Forderung nach Frieden nicht dadurch erfüllen, indem sie sich in die Ecke stellen. Vielmehr müsse jeder nach seinen eigenen Überzeugungen und seinem eigenen Willen handeln. Die Bibel sei »kein Rezeptbuch für politische Entscheidungen« – eine Auffassung, die darauf hinausläuft, die Bibel als Rezeptbuch für den Küchengebrauch, aber nicht für das sittliche und politische Verhalten von Politikern zu betrachten. Die Militärbefürworter nehmen dabei für sich in Anspruch, »Verantwortungsethiker« zu sein, und kanzeln ihre Kontrahenten als »Gesinnungsethi-

Helmut Donat, geb. 1947, lebt und arbeitet in Bremen als Verleger, Historiker und freier Autor. Er hat den Arbeitskreis Historische Friedensforschung mitbegründet und zahlreiche Veröffentlichungen zu Pazifismus und Militarismus sowie zu geschichtspolitischen Kontroversen deutscher Geschichte herausgebracht. Für sein verlegerisches und publizistisches Engagement wurde er u.a. mit dem Carl von Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg ausgezeichnet.

ker« ab, die sich, wie man es heute wieder hört, um der reinen Lehre des Pazifismus willen der Realität verweigerten und sich vor der schweren Bürde der Verantwortung drückten.

Die Argumente der Gegner der Wiederbewaffnung in der »Wehrdebatte« tat der CSU-Abgeordnete Richard Jäger nach dem Motto »Wer anders denkt, ist Bolschewist!« als »kommunistische Propaganda« ab und schürte neue »Russenfurcht« und neuen Hass auf Russen, der nach dem Urteil des einstigen Marineoffiziers Heinz Kraschutzki im August 1952 wieder auf dieselbe Höhe getrieben worden sei, »auf der er damals stand, als Goebbels noch Propagandaminister war«. Jäger, seit 1933 Mitglied der SA, war 1951 öffentlich für die Begnadigung aller verurteilten NS-Kriegsverbrecher eingetreten, stand 1953-62 dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages als Vorsitzender vor und amtierte 1965/66 als Bundesjustizminister. Während der führende französische Sozialist Salomon Grumbach in der Zeitung »Le Populaire de Paris« im Januar 1952 feststellte, »dass gerade die vom Standpunkt der Demokratie aus sicheren und gesündesten Teile des deutschen Volkes der Wiederbewaffnung starken Widerstand entgegensetzen würden«, sprach Bundeskanzler Konrad Adenauer mit Blick auf die Gegner der Remilitarisierung von »Wirrköpfen oder Verrätern«.

Nach dem Attentat auf Bundeskanzler Konrad Adenauer am 27. März 1952, das einem Münchener Sprengmeister das Leben kostete und die bislang größte bundesweite Fahndung auslöste, erklärte der Südwestfunk bereits am nächsten Tag in den Abendnachrichten, dass die Spuren des Attentäters in einen »pazifistischen Münchener Kulturkreis« führen würden. Das war zwar blanker Unsinn, aber es offenbart, wie aufgeladen die Stimmung in manchen Kreisen gegenüber den Gegnern der Wiederbewaffnung gewesen ist.

In der DDR lehnten die Führungsspitzen und die »Friedenskämpfer« östlicher Prägung den bürgerlichen und christlichen Pazifismus nicht minder ab. Deren Vertreter ließen sich als grundsätzliche Gegner jedes Krieges – wie es in einem am 20. Juli 1950 in der »Leipziger Volkszeitung« erschienenen Artikel heißt – »lieber erschlagen ..., statt sich zu verteidigen, wenn die Imperialisten angreifen«. Das genügte, um sie auszugrenzen und als Gefahr an den Pranger zu stellen.

Historisch betrachtet, sind die »Verantwortungsethiker« und »Realpolitiker« gescheitert. Denn nicht sie behielten Recht, sondern die »von jeher in Deutschland verächtlich gemachten und verfolgten Pazifisten«. Als »Warner vor dem totalen Krieg Hitlers und des deutschen Militärs« (Erich Lüth) waren sie in den ersten Jahren 1945 rehabilitiert, fanden sich aber schon bald erneut stigmatisiert, des Kommunismus oder der »Gesinnungsethik« verdächtigt und isoliert.

Nach 1989: »Neue Macht – neue Verantwortung«

Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland wieder Subjekt der Politik. Seine ökonomische Stärke sowie seine zentrale Lage in Europa weisen ihm – so scheint es – besondere Aufgaben zu. Es kann seine außenpolitischen Interessen anderen gegenüber selbstbewusst artikulieren und sich daran orientieren, seinen nationalen Belangen Geltung zu verschaffen. Die aus dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Konsequenzen sind aufgehoben. Ein

von vielen nicht erkannt, gleichwohl geradezu unglaublicher wie weltgeschichtlich einmaliger Vorgang. Welche Folgen ergeben sich daraus? Welche Konsequenzen werden daraus gezogen oder sollten gezogen werden?

Deutschland hat seit 1989 seine Außenpolitik militarisiert. Die Träger und Befürworter neuerlicher deutscher Militärpolitik knüpfen an die Haltung nach 1918 an, so als sei danach nichts geschehen. Sie glauben offenbar, die alte Machtpolitik unter veränderten Bedingungen fortführen zu können. Da ist die Rede davon, dass nicht mehr der Friede, sondern der Krieg der »Ernstfall« sei. Früher nannte man es »Kulturerrungenschaft«, heute spricht man vom blutigen Ernst. Das Ergebnis bleibt das gleiche: Konflikte sind nicht auf politischem und zivilem Wege zu lösen, also nicht durch Verhandlungen und Rechtsprüche, sondern mit dem Einsatz von Waffen, also durch Krieg und Gewalt.

Der Rückgriff auf das militärpolitische Denken der Jahre vor 1914 und nach 1918, das nach 1933 noch in einem gesteigerten Maße galt, ist nicht ungefährlich. Es transportiert eine Haltung, welche die europäischen Nachbarn früher oder später in einen Widerspruch bzw. Gegensatz zur deutschen Militärstrategie führen wird.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Scheitern einer Politik, die Konflikte nicht mithilfe von Schiedsgerichten und auf friedlichem Wege, sondern mit gewalttätigen Mitteln zu erreichen gesucht hat? Nach den beiden Weltkriegen durfte man von Deutschland, seit es wieder als selbständiger Staat zwischen Ost und West sowie ohne Rücksicht auf die Siegermächte aufzutreten vermag, eine Besserung seiner Politik erwarten. Allein unsere Politik hat offenbar nicht viel dazugelernt. Sie stellt sich in einem zunehmende Maße auf die Seite derer, die, wie es Graf Kielmannsegg bereits 1991 formulierte, den Krieg erneut zum »Ernstfall« erklären. Die Haltung des einstigen NATO-Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte war seinerzeit eine krasse Außenseiterposition und von dem Glauben durchdrungen, notfalls mit Gewalt deutsche Interessen durchzusetzen. Die unter dem Slogan »Neue Macht – neue Verantwortung« segelnde und nach Aufgaben für eine neue deutsche Weltpolitik suchende Nation hat die am Hindukusch traumatisierten Soldaten noch nicht heimgeholt, schon ist ein neuer Einsatzplan in Afrika im Gespräch. Es scheint, als wiederhole sich die Geschichte. Wohin die Wahl auch fällt, Hauptsache wir sind dabei und stellen uns den Verpflichtungen, die uns die »neue Macht« auferlegt. Besser als Wilhelm Liebknecht es in seiner im Jahr 1900 publizierten Rede »Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg« getan hat, kann man die gegenwärtige Suche oder Sucht nach »Verantwortung« wohl kaum beschreiben: »Plan- und ziellos, wie unsere Weltpolitik ist, erinnert sie mich an einen Expresseisenbahnzug, der dröhnend voranstürmt mit Volldampf voraus, doch ohne einen Maschinisten auf der Lokomotive – ohne einen Mann, der die Maschine kennt, der die Gegend kennt, der das Ziel kennt –, aber mit einer Anzahl Unberufener, die über die Richtung uneinig sind und von denen jeder an die Kurbel der Maschine zu kommen sucht und auch gelegentlich einen Ruck rechts, einen Ruck links gibt, sodass der Zug im taumelnden Zickzackkurs hin und her schwankt. Wie wird das enden? Es ist nicht das erste Abenteuer dieser Art, welches das »geehrte« Europa macht.«

Welche Lehren sind aus unserer Geschichte zu ziehen?

1. Von Zielen, die sich nicht auf dem Wege der Verständigung und des Kompromisses verwirklichen lassen, weil andere Mächte oder Staaten dazu nicht bereit sind, ist grundsätzlich Abstand zu nehmen. Im anderen Fall schafft man einen Boden, auf dem sich eine Kriegsgefahr ausbreiten kann. Ein Beispiel: Kein polnischer Politiker – von rechts bis links – ist nach 1918 bereit gewesen, mit sich über eine Revision seiner Westgrenze auch nur verhandeln zu lassen. Das war in Deutschland in politisch versierten Kreisen bekannt. Gleichwohl hat keine der Weimarer Regierungen jemals ein Ost-Locarno anerkannt. Indem man der Öffentlichkeit vorgaukelte, Deutschland habe ein Recht auf eine Revision der Grenze, redete man damit – ob gewollt oder ungewollt – einer Lösung das Wort, die sich nur auf dem Gewaltwege verwirklichen ließ.

2. Einer wie auch immer gearteten deutschen »Weltpolitik«, die mit Militäreinsätzen einhergeht, auf machtpolitischen Erwägungen beruht und damit Macht im physischen Sinne meint, ist eine klare Absage zu erteilen. Wohin sie geführt hat, welche Opfer und Leiden mit ihr verbunden gewesen sind, aber auch welche Irrtümer, liegt auf der Hand. Die Bundeswehr hat einen Verteidigungsauftrag. Solange die deutsche Sicherheit in ihrer Territorialität nicht bedroht ist, gibt es keinen Grund, in Krisengebiete der Welt Soldaten zu entsenden. Weder in Afghanistan noch in Mali oder in anderen Regionen der Welt sind Deutsch-

lands Grenzen gefährdet. Politik-Konzepten, die sich auf bloße Stärke, Waffen, Krieg und Gewalt stützen, ist entgegenzuhalten, dass sie nicht in der Lage sind, Probleme zu lösen, sondern neue schaffen und zudem mit Tod und Schrecken einhergehen.

3. Deutschland steht weltweit an dritter Stelle als Rüstungsexporteur und ist damit mitverantwortlich für Tod und Elend. Es liefert Waffen an Diktaturen, beschlossen in geheimen Sitzungen und ohne Parlamentsbeteiligung. Zivile Projekte werden hingegen nur drittklassig gefördert oder ganz vergessen. Jedweder Waffenexport ist zu stoppen. Lieferungen in akute Krisengebiete sind waghalsig, weil mit unberechenbaren Folgen verbunden. Menschen, die in Not geraten, auf der Flucht und vom Tod bedroht sind, sind mit zivilen Hilfsgütern rasch und uneigennützig zu retten. Ihre schwierige bis aussichtslose Lage darf kein Vorwand dafür sein, lange bewährte Haltungen in wenigen Tagen und Wochen über Bord zu werfen und Waffen zu liefern. Mit ihnen rettet man keinen Menschen vor dem Verhungern und Verdursten.

4. Die Anschaffung und der militärische Einsatz bewaffneter »Drohnen« ist verwerflich und abzulehnen. Die Behauptung des ehemaligen Verteidigungsministers Thomas de Maizière im Jahr 2012: »Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten«, stimmt nicht. Eine Drohne, wie er sie einsetzen will, ist ein Werkzeug zum Töten. Dessen bessere Zielgenauigkeit oder Effizienz, die sich de Maizière wünscht, hat mit dem Völkerrecht nichts zu tun. Auch mit dem Christentum steht er auf dem Kriegsfuß, heißt es doch: »Wer das Schwert nimmt, der soll durch das Schwert

**FRIEDEN
STATT NATO**

XX.

Internationale

Rosa Luxemburg

Konferenz

10. Januar 2015 | Urania Berlin | Einlass 10 Uhr

DIE TAGESZEITUNG

junge Welt

www.rosa-luxemburg-konferenz.de

www.jungewelt.de

umkommen« (Matthäus 26, 52). Das meint so viel wie: »Zu einer Waffe zu greifen, ist denkbar unklug, denn der Krieg frisst seine Kinder.« De Maizière denkt offenbar in Gewalt- und Machtkategorien und nimmt dabei die Ethik in sein Schlepptau. Er fragt nicht vorab nach der moralischen Haltbarkeit oder Verwerflichkeit von Drohnen, sondern er geht den umgekehrten Weg. Er will bewaffnete Drohnen einsetzen, hat sich dafür entschieden und unterlegt seinem Willen in einem zweiten Schritt eine »ethische« Begründung. Für ihn ist der Krieg der Ernstfall und nicht der Frieden, wie Gustav Heinemann es einst gefordert und begründet hat. Konflikte mit Drohnen und Waffen zu lösen, hat nichts mit der Aufgabe zu tun, Frieden durch Recht zu schaffen und internationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen. Einzuwenden ist auch Folgendes: Wenn ich ein Messer besitze, mag das vielleicht so etwas wie eine »neutrale Waffe« sein. Ich kann damit ein Kunstwerk schnitzen, und ich kann damit einen Menschen hinterrücks erstechen. Drohnen sind damit nicht vergleichbare Waffen bzw. Mordwerkzeuge. Sie werden hergestellt, um zu töten – und nicht, um mit ihnen ein Kulturgut zu schaffen. Die Bundeswehr mit Drohnen auszurüsten, hat nicht einmal etwas mit »Frieden durch Abschreckung« zu tun, sondern dies dient einzig und allein dem Ziel, einen »Feind«, den man heute noch gar nicht kennt, effizienter und schneller zu töten. Gleiches gilt für Streubomben und Landminen.

Als Vorteil der bewaffneten Drohnen rühmte de Maizière ihre Zielgenauigkeit. Sein Motto: »Je besser man zielen kann, desto weniger Schäden gibt es.« So wären die Vorgaben des Völkerrechts, bei einem militärischen Einsatz unbeteiligte Dritte nicht zu treffen, leichter einhaltbar. Der Kriegstod wie eine Hinrichtung bei der Todesstrafe? Hauptsache es wird »human« gekillt?

Zudem dienen, so de Maizière weiter, Drohnen dem bestmöglichen Schutz der eigenen Soldaten. Tun das nicht Streubomben, Landminen und andere Waffen auch? Einen sauberen Krieg gibt es nicht. Mit Recht hat schon Hellmut von Gerlach klargestellt: »Man kann den Krieg weder humanisieren noch moralisieren. Er ist seiner Natur nach der Gegenpol von Menschlichkeit.«

5. Statt Konflikte mit Waffengewalt zu lösen, gilt es, Politikkonzepte zu entwickeln, wie in Ländern und Staaten mit einem hohen Gewaltpotenzial die Zivilgesellschaft zu stärken und damit die Gefahr militärischer »Lösungen« zu verringern bzw. einzuebrennen sind. Eine solche Politik ist mittel- und langfristig anzulegen und hat nach sorgfältiger Prüfung jene Kräfte und Initiativen zu fördern, die sich grundsätzlich daran orientieren, Frieden auf der Basis von Verständigung und der Anerkennung der Rechte des jeweils anderen zu schaffen.

6. Notwendig und erforderlich ist der Aufbau einer »Weltpolizei«, die unabhängig von staatlichen und nationalen Interessen in der Lage ist, dort rasch und mit der erforderlichen Stärke einzugreifen, wo die Menschenrechte in flagranter Weise verletzt, mit Füßen getreten und Menschen oder Volksgruppen aus religiösen, ethnischen und politischen Gründen verfolgt und getötet werden. Eine Eingreiftruppe der NATO aus Freischärlern, bezahlten Söldnern und Freiwilligen ist ohne Diskussion zu verwerfen.

Es bedarf eines Instrumentariums der Früherkennung von



Karikatur: Economist

»ethnischen Säuberungen«, um einen zum Völkermord bereiten Kontrahenten oder Clan sofort und machtvoll in die Schranken zu weisen. Auf dem Gebiet des Völkerrechts gilt es, den Ausbau und die Handhabung der inzwischen international anerkannten Regeln zu forcieren; sie erlauben es, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Friedens- und Freiheitsverrat, Mord, Racketeering, Terrorismus, Kriegsverbrechen, Wahlbetrug sowie Drogen- und Waffenhandel weltweit strafrechtlich zu verfolgen und die Täter vor Gericht zu stellen. Asyl oder andere Schlupflöcher für Völkermörder und Kriegsverbrecher darf es fortan nicht mehr geben. Macht, finanzielle, politische oder physische, darf nicht weiter vor Recht gehen. Die Weltstrafjustiz ist gründlich, umfassend und zügig weiterzuentwickeln.

7. In der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen Zivilgesellschaften sind allen Tendenzen und Bestrebungen, die diese untergraben und aushöhlen, mit Kraft, Ausdauer, Intelligenz, Bürgerprotesten und zivilem Ungehorsam zu begegnen. Die bereits beschlossene und zurzeit institutionalisierte Militärjustiz ist rückgängig zu machen. Straftaten, die im militärischen Bereich begangen werden, sind von zivilen Gerichten zu behandeln. Wie es keine eigene Sondergerichtsbarkeit im Erziehungswesen, der Wirtschaft oder der Verwaltung gibt, darf auch dem Militär keine Sonderrolle eingeräumt werden. Die Erfahrungen mit der Militärgerichtsbarkeit im Kaiserreich und im Dritten Reich sind Warnung genug. Militär Richter nicht erneut über Vergehen von Untergebenen oder Mitgliedern des Offizierskorps Urteile fällen zu lassen.

8. Die immer noch verbreitete Trennung von Moral und Politik bzw. Ethik und Politik ist als Bankrott moderner Scheinerungenschaften zurückzuweisen und zu überwinden. Die so genannte Realpolitik, 1918 ebenso gescheitert wie 1945, hat sich als krude und verbrämte Machtpolitik erwiesen, die vorgab, nationalen Interessen und der Verteidigung der Freiheit zu dienen,

aber Ziele anstrebte, die Völkerrechtsbrüche und die Anwendung von Macht im physischen Sinne bewusst in Kauf nahm.

9. Die geschichtspolitische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland, die mehr und mehr geführt wird, um die Geschichte und Geschichtsschreibung im Interesse politischer Ziele zu instrumentalisieren, ist durch einen historisch-politischen Diskurs zu ersetzen, der sich der nach wie vor ungeklärten Frage zuwendet: Wie konnte ein kulturell und wirtschaftlich so hoch entwickeltes Volk wie das deutsche einen Weg gehen, der zu dem bislang größten Verbrechen der Geschichte führte? Dabei ist jene Geistesverirrung der deutschen Politik, die vom Kaiserreich über den Ersten und Zweiten Weltkrieg zu den Gaskammern von Auschwitz reicht, nicht weiter oder erneut zu tabuisieren. Vielmehr sind in diesem Zusammenhang jene Initiativen, Gruppen und Persönlichkeiten zu würdigen und in Erinnerung zu rufen, die seit 1914 und erst recht seit 1918 mahndend ihre Stimme erhoben und vor dem weiteren Weg in die Barbarei gewarnt haben. Diese »vergessenen« und vergessen gemachten Deutschen, ihre Einsichten und Kritik, ihre Vorschläge und Ideen sind in den Diskurs über die Ursachen und Folgen des Dritten Reiches einzubeziehen. Ihr Wirken für ein von militaristischen und nationalistischen Kräften und Politikkonzepten befreites Deutschland, ihr republikanisch-pazifistisches Engagement für den Aufbau einer sozial gerechten Republik, für eine Aussöhnung mit Frankreich und Polen sowie für ein vereintes Europa auf der Basis der durch den Ersten Weltkrieg geschaffenen Realitäten, stellt ein wichtiges Erbe dar. Es spricht für eine Traditionspflege,

die all jene als Vorbilder in Erinnerung ruft und als identitätsbildend begreift, die vor und nach 1933 den Nazis widerstanden, sich der blutigen Gefolgschaft als »Wehrkraftzersetzer«, Kriegsverräter oder Deserteure versagt und als Einzelne Verfolgte gerettet oder ihnen geholfen haben.

10. Die für die Zeit nach 1948/49 diagnostizierte Unfähigkeit einer großen Mehrheit der Deutschen, Trauerarbeit zu leisten und Reue zu zeigen, ist bereits nach 1918/19 zu konstatieren. Die Republik zog nicht den Strich zwischen sich und denen, die für die Verbrechen am und im Ersten Weltkrieg verantwortlich waren, sondern zwischen sich und denen, die seit 1914 in Opposition zur kaiserlichen Kriegs- und Katastrophenpolitik gestanden haben. Statt das Volk über die »große Zeit der Lüge« (Hellmut von Gerlach) aufzuklären, hat sie es durch die von ihr finanzierte Kampagne von der Unschuld des kaiserlichen Regimes am Ersten Weltkrieg vergiften lassen, es psychologisch im Kriegszustand gehalten und damit zum eigenen Untergang selbst beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist danach zu fragen, inwieweit es denknotwendig und sinnvoll ist, das geläufige deutsche Geschichtsbild in gewichtigen Teilen infrage zu stellen und zu revidieren.

11. Wer das »Nie wieder Krieg« mit einem »Nie wieder Auschwitz« verbindet und daraus kriegerische Einsätze ableitet, sucht einem pazifistischen Grundsatz bzw. eine sich aus zwei Weltkriegen für viele Deutsche ergebende Konsequenz der militärischen Zurückhaltung mit dem moralisch aufgeladenen Argument der Gefahr eines »Völkermordes« außer Kraft zu setzen.

VSA: Aus dem Frühjahrsprogramm 2015 www.vsa-verlag.de



Elmar Altvater
ENGELS neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur« ca. 160 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-89965-643-5
Elmar Altvater macht einen marxistischen Klassiker für das 21. Jahrhundert fruchtbar, indem er aktuelle politische Themen aufgreift.



Michael Brie
POLANYI neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Frazer & Karl Polanyi ca. 200 Seiten | € 14,00
ISBN 978-3-89965-642-8
Michael Brie führt über einen Umweg in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886-1964) ein.



Joachim Bischoff/
Bernhard Müller
Piketty kurz & kritisch
Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert ca. 144 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-89965-646-6
Was kann von einem der 2014 meistverkauften Sachbücher für das Verständnis des aktuellen Kapitalismus gelernt werden und was nicht?



Dieter Knauß (Hrsg.)
Debattenkultur jenseits von Gremien
25 Jahre Mosaik-Linke in Beutelsbach: Das Walter-Kuhn-Forum 96 Seiten | € 8,00
ISBN 978-3-89965-659-6
Beiträge von D. Wetzel, J. Hofmann, H.-J. Urban, W.J. Röder, O. König, F. Deppe, K. Lang, S. Stamm, T. Schulten, H. Schwitzer u.a.



transform!
Spaltungen in Europa
Jahrbuch 2015 des Europäischen Netzwerks für alternatives Denken und politischen Dialog – deutschsprachige Ausgabe 256 Seiten | EUR 22,80
ISBN 978-3-89965-629-9
Spaltungen Europas nach sieben Jahren Krise: Die EU präsentiert sich wirtschaftlich, sozial und politisch zerrissen.

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de

Er vergisst dabei, dass, weil man dem »Nie wieder Krieg« nach 1918 nicht gefolgt ist, der Zweite Weltkrieg und Auschwitz erst möglich gemacht worden sind. Für England und Frankreich lautet die Lehre aus den Erfahrungen mit einer zu allem entschlossenen gegnerischen Machtriebe, kein neues »München 1938« zuzulassen – eine Position, die sich aus der Sicht der Westalliierten in erster Linie darauf bezieht, einer drohenden Kriegsgefahr einen Riegel vorzuschieben, und die sich erst, wenn überhaupt, in zweiter Linie auf den Holocaust bezieht, den 1938 kaum jemand vorausszusehen in der Lage gewesen ist. Für Deutschland sieht das ganz anders aus. Es war für »München 1938« hauptverantwortlich. Dennoch hat es sich die Mehrheit der Deutschen, sieht man von der kurzlebigen Phase von 1945 bis 1948/49 ab, nie zur Aufgabe gemacht, den mittel- und längerfristigen Voraussetzungen und Ursachen des »Münchener Abkommens« auf den Grund zu gehen. Die Gefahr für den Weltfrieden ging von Deutschland, von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Militär und Geistesleben aus. Insofern kommt es darauf an, in unserem Land nicht erneut zuzulassen, dass man – wie F.-W. Steinmeier es kürzlich mit Blick auf die Gegenwart ausgedrückt hat – »angesichts der dramatischen Lage dafür [ist], bis an die Grenzen des politisch und rechtlich Machbaren zu gehen«. Wer in zugespitzten Krisensituationen so redet und offenbar bewusst und keineswegs als »Schlafwandler« bis an den Rand des Krieges geht, wie kann der garantieren, dass es nicht zu einer Grenzüberschreitung kommt? Nach den verheerenden Erfahrungen des blutigsten Jahrhunderts der Weltgeschichte sowie nach dem Irak-Krieg, nach Syrien, Libyen, Ägypten und nach Afghanistan darf es uns nicht gleichgültig sein, wenn die friedliche Kultur, die wir mit unserer Arbeit in den zurückliegenden Jahrzehnten mit aufbauen halfen, an deren langsamen Fortschritt wir vielerorts ernsthaft, fleißig und oft auch uneigennützig mitgewirkt haben, von Politikern und Militärs dem schleichenden Zerfall (seit 1992) preisgegeben wird.

Vom Völkermord bedrohten Menschen ist zu helfen, mit allem, was sie zum Überleben brauchen. Waffen ohne die geringsten Vorbehalte und ohne ein Konzept von einem Tag auf den anderen an eine der Kriegsparteien zu liefern, ist fahrlässig, unverantwortlich und möglicherweise sogar verbrecherisch, wenn sich herausstellen sollte, dass die Waffenempfänger sich in ein paar Jahren selber als Mörder erweisen sollten. Umso dringlicher wäre es, die UN auf den Plan zu rufen und sie oder eine neue, mit ihr verbundene Institution mit Mitteln auszustatten, die es der Weltgemeinschaft im Falle eines Völkermordes erlauben, rasch einzugreifen, möglichst präventiv. (Siehe Punkt 6)

Nochmals: In einem beispiellosen Hauruckverfahren werden ohne eine wirkliche öffentliche Debatte und gegen den Willen der großen Mehrheit der Deutschen Tatsachen geschaffen und ein Tabubruch herbeigeführt, der weitreichende Folgen hat und ohnegleichen ist. Die Haltung der Bundesregierung und der übergroßen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten aus CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen erinnern an jenes preußisch-deutsche Machtstaatsdenken, das der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon (1859-1874) im Februar 1862 folgendermaßen zum Ausdruck gebracht hat: Da Preußen unter den Großmächten ein Emporkömmling sei, habe es sich eben darum stets als verantwortungs- und kriegsbereit zu zeigen, und

wo es »Händel« gebe, da müsse Preußen dabei sein. Nicht anders redet Verteidigungsministerin von der Leyen, wenn sie zum »Tabubruch« auffordert und behauptet: »Wer sich raushält, hat keinen Einfluss.« Es geht also gar nicht um die Abwendung eines Völkermordes, sondern es geht darum, fortan militärische Machtpolitik zu betreiben. Der Völkermord wird benutzt, um Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und eine militärisch instrumentalisierte Außenpolitik durchzusetzen und zu legitimieren. Das ist ethisch nicht zu rechtfertigen. Es stellt sich die Frage: Wie lange noch will die überwältigende Mehrheit der deutschen Wählerinnen und Wähler die gegen den Geist des Grundgesetzes und des Völkerrechts sich entpuppende Kriegspolitik und Beteiligung an Kriegen oder kriegerischen Auseinandersetzungen widerstandslos und stumm hinnehmen?

12. Die oft festzustellende eurozentristische Geschichtsauffassung ist zu korrigieren zugunsten einer Dritten Welt-Perspektive. Am Zweiten Weltkrieg haben an der Seite der Kriegführenden über zwanzig Millionen Soldaten afrikanischer, arabischer, asiatischer, ozeanischer und lateinamerikanischer Herkunft teilgenommen, viele davon als Zwangsrekrutierte. Sie haben auf der Seite der faschistischen Mächte oder des Kaiserlichen Japans gestanden und mit ihnen kollaboriert, in einem überwiegenden Maße aber trugen sie zum Sieg über Menschenverachtung, Diktatur, Rassismus und andere, vor allem deutsche, aber auch europäische Verirrungen bei und ermöglichten somit den Europäern ein Leben in Frieden und Freiheit. Von ihrem Blutzoll und von den zivilen Opfern aus den Regionen der Dritten Welt ist in den öffentlichen Debatten über den Ersten oder Zweiten Weltkrieg, wenn überhaupt, nur am Rande die Rede. Nur wenige der Überlebenden haben so etwas wie Renten oder Opferzahlungen erhalten. Das Rheinische JournalistenInnenbüro hat verdeutlicht (www.3www2.de), dass allein China im Zweiten Weltkrieg mehr Opfer zu beklagen hatte als Japan, Deutschland und Italien zusammen. Wichtige Teile der Kolonialgebiete waren, so das Büro weiter, Schlachtfelder oder dienten als Bezugsquellen für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Auf den Philippinen verloren während der japanischen Besatzung mehr als eine Million Menschen ihr Leben. Wenn heute die oftmals geschundenen Nachfahren aus Afrika zu uns streben, ist ihnen Respekt zu zollen und die Hand zu reichen, anstatt sie vor der »Festung Europa« hilflos im Meer treiben und ertrinken zu lassen.

13. Statt Rüstung zu exportieren, Militäreinsätzen das Wort zu reden, die Bundeswehr auf Häuser- und Straßenkämpfe vorzubereiten oder bewaffnete Drohnen und andere todbringende Waffen anzuschaffen bzw. anzuwenden und damit das Gewaltpotenzial auf der Welt anzureichern, sollte Deutschland eine nichtmilitärische Verantwortung in einer konfliktreichen Welt übernehmen. Sich auf diesem Gebiet besonders zu engagieren, stünde uns Deutschen vor dem Hintergrund unserer kriegerischen Geschichte gut an. »Wer sein Volk«, mahnte Hellmut von Gerlach, »vernünftig und anständig erhalten will, muss den Frieden benutzen, um die Welt gegen den Krieg zu organisieren. Die durch Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen. Die im Irrtum verharren, das sind die Narren. Nie wieder 1914!« Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

